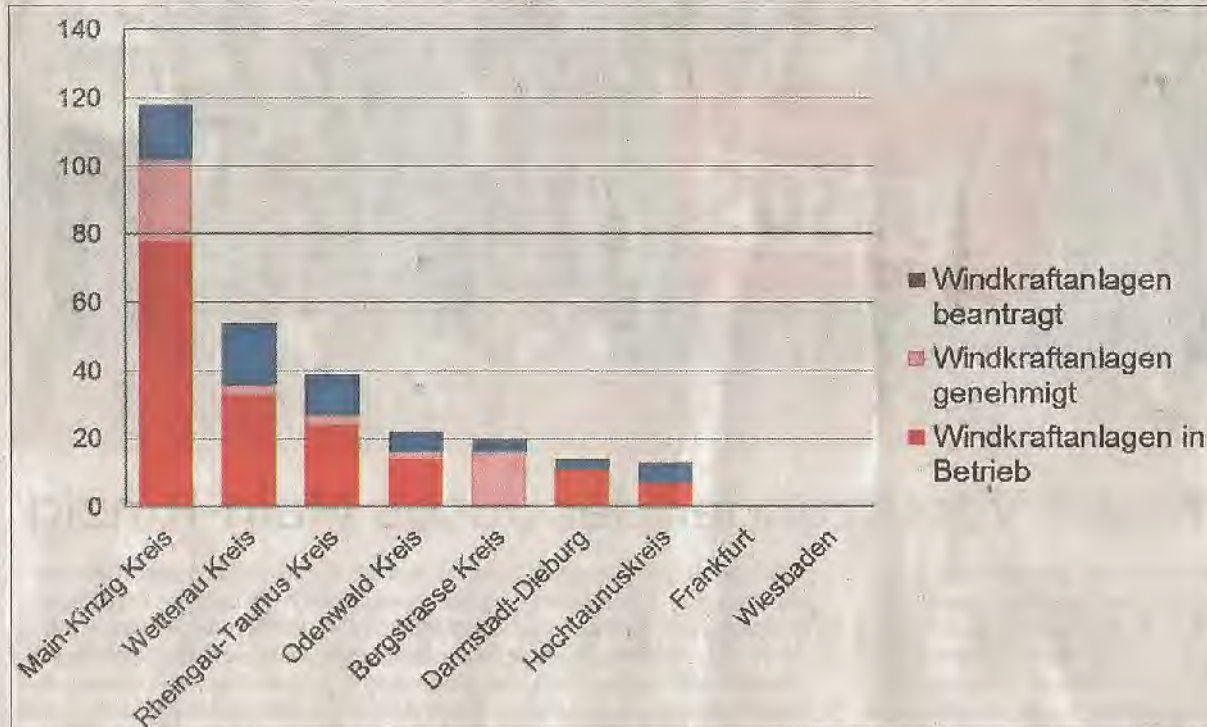


# Im Taunus geht es deutlich restriktiver zu

Bürgerinitiative Windkraft im Spessart fordert Kreistagsabgeordnete auf, eigenen Beschluss umzusetzen

**Main-Kinzig-Kreis** (re). Die Bürgerinitiative (BI) Windkraft im Spessart fordert die Mitglieder des Kreistags auf, bei der Stellungnahme zum Regionalplan Windkraft den eigenen Beschluss für einen Naturpark Spessart ohne Windräder umzusetzen. Seit drei Wochen liegt der Entwurf für Südhessen zur Einsicht in diversen Rathäusern im Main-Kinzig-Kreis aus. Bürger, Naturschutzverbände, Behörden und Kreis- oder Gemeindeparlamente können bis 2. Juni Stellungnahmen dazu abgeben. Die Verabschiedung der Stellungnahme des Kreistags steht bei der kommenden Sitzung am 5. Mai auf der Tagesordnung.

„Wer jetzt geglaubt hat, der Kreistag würde seinem eigenen Beschluss vom vergangenen Jahr für einen windkraftfreien Naturpark Spessart auch Taten folgen lassen, sieht sich leider wieder einmal von der Lokalpolitik getäuscht“, sagt BI-Vorstand Bernhard Andres. „Anstatt eines klaren Velos gegen alle Vorrangflächen im Naturpark enthält die aktuelle Beschlussvorlage des Kreisausschusses nur die Streichung von etwa 200 Hektar im Naturpark Spessart und ignoriert dabei völlig den eigenen Kreistagsbeschluss für einen windkraftfreien Naturpark Spessart.“ Eine Zustimmung zur Beschlussvorlage würde im Umkehrschluss nun bedeuten,



Verteilung von Windkraftanlagen in Südhessen mit Stand 10. April.

QUELLE: RP DARMSTADT/REPRO: BI

dass der Kreistag auf den restlichen 3000 Hektar Vorrangflächen im Naturpark Spessart dem Bau von Windkraftanlagen zustimme. Nach der üblichen Abschätzung wäre damit der Bau von etwa 300 Windkraftanlagen mit einer Höhe von mehr als 200 Metern möglich, meint Andres.

Zudem enthalte die Vorlage des Kreisausschusses eine ganze Reihe handwerklicher Fehler. Die Be-

schlussvorlage fordere unter anderem mit Verweis auf das sogenannte Gegenstromprinzip in der räumlichen Planung eine Berücksichtigung der von den Kreiskommunen erstellten Planungskonzepte. Während aber laut Beschlussvorlage die aktuellen Flächennutzungsplanungen der Kommunen Bad Orb und Birstein im Regionalplan berücksichtigt werden sollten, fehle diese Forde-

rung in Bezug auf die seit fünf Jahren laufenden Flächennutzungsplanungen der Gemeinde Biebergemünd. Für die BI ist nicht nachvollziehbar, warum in der Stellungnahme des Kreistags die einzelnen Kommunen im Main-Kinzig-Kreis unterschiedlich behandelt würden. Nicht nachvollziehbar ist für die BI auch die Bewertung einzelner Flächen in Bezug auf das Kriterium Artenschutz. Während beispiels-

weise ein Teil der Fläche „2-320“ bei Schlüchtern wegen des Vorkommens der Mopsfledermaus gestrichen werden solle, fehle in der Beschlussvorlage jeglicher diesbezüglicher Hinweis auf die Fläche „2-76“ in Flörsbachtal am Roßkopf, obwohl dort im Sommer 2016 mehr als 20 Quartiere der Mopsfledermaus nachgewiesen worden seien. „Da auf dieser Fläche in Flörsbachtal auch die von der Naturenergie Main-Kinzig geplanten Windkraftanlagen gebaut werden sollen, liegt der Schluss nahe, dass bei der vorliegenden Beschlussvorlage weniger artenschutzrechtliche Fakten eine Rolle gespielt haben, sondern ganz klar politische Ziele verfolgt werden“, meint Andres. Die BI fordere deshalb, dass artenschutzrechtliche Bedenken zu den geplanten Vorrangflächen unabhängig von ihrer Lage im Main-Kinzig-Kreis und unabhängig von Planungen der Naturenergie Main-Kinzig gleichwertig behandelt und entsprechend in der Stellungnahme des Kreistags berücksichtigt werden.

„Zusammengefasst würde eine Zustimmung des Kreistags zur vorliegenden Beschlussvorlage bedeuten, dass der Main-Kinzig-Kreis seine Spitzenposition beim Ausbau der Windkraft in Südhessen weiter massiv ausbaut“, sagt Andres. „Bereits jetzt trägt der Kreis mit rund 120 Windkraftanlagen – in Betrieb, genehmigt

oder bei des ges in Entwur Main-K Kreisflä ausweis Hochta der Kre der Wir stellt w Verteilu kraft k keine R Würd Kreis d eine Flä wie fü müsstes plantan Kinzig- des Reg den, fü BI forde tags de der B Kreis z Stellung weisung Main-K eine fai Planung plans si

Meh- ellen E Windkr Flächen der Ger es auf d www.w

5192  
29.04.2017 519



# restriktiver zu

## eigenen Beschluss umzusetzen

weise ein Teil der Fläche „2-320“ bei Schlüchtern wegen des Vorkommens der Mopsfledermaus gestrichen werden solle, fehle in der Beschlussvorlage jeglicher diesbezüglicher Hinweis auf die Fläche „2-76“ in Flörsbachtal am Roßkopf, obwohl dort im Sommer 2016 mehr als 20 Quartiere der Mopsfledermaus nachgewiesen worden seien. „Da auf dieser Fläche in Flörsbachtal auch die von der Naturenergie Main-Kinzig geplanten Windkraftanlagen gebaut werden sollen, liegt der Schluss nahe, dass bei der vorliegenden Beschlussvorlage weniger artenschutzrechtliche Fakten eine Rolle gespielt haben, sondern ganz klar politische Ziele verfolgt werden“, meint Andres. Die BI fordere deshalb, dass artenschutzrechtliche Bedenken zu den geplanten Vorrangflächen unabhängig von ihrer Lage im Main-Kinzig-Kreis und unabhängig von Planungen der Naturenergie Main-Kinzig gleichwertig behandelt und entsprechend in der Stellungnahme des Kreistags berücksichtigt werden.

„Zusammengefasst würde eine Zustimmung des Kreistags zur vorliegenden Beschlussvorlage bedeuten, dass der Main-Kinzig-Kreis seine Spitzenposition beim Ausbau der Windkraft in Südhessen weiter massiv ausbaut“, sagt Andres. „Bereits jetzt trägt der Kreis mit rund 120 Windkraftanlagen – in Betrieb, genehmigt

oder beantragt – etwa 45 Prozent des gesamten Ausbaus der Windkraft in Südhessen. Während der Entwurf des Regionalplans für den Main-Kinzig-Kreis 3,9 Prozent der Kreisfläche als Vorrangflächen ausweist, sollen beispielsweise im Hochtaunuskreis nur 1,5 Prozent der Kreisfläche für den Ausbau der Windkraft zur Verfügung gestellt werden. Von einer gerechten Verteilung des Ausbaus der Windkraft kann deshalb überhaupt keine Rede mehr sein.“

Würden für den Main-Kinzig-Kreis die gleichen Maßstäbe an eine Flächenausweisung angelegt wie für den Hochtaunuskreis, müssten über 60 Prozent der geplanten Vorrangflächen im Main-Kinzig-Kreis im jetzigen Entwurf des Regionalplans gestrichen werden, führt Andres weiter aus. „Die BI fordert die Mitglieder des Kreistags deshalb auf, die Belastung der Bürger im Main-Kinzig-Kreis zu begrenzen und in ihrer Stellungnahme gegen die Ausweisung von Vorrangflächen im Main-Kinzig-Kreis zu stimmen, bis eine faire Verteilung innerhalb des Planungsgebiets des Regionalplans sichergestellt ist.“

*Mehr Informationen zum aktuellen Entwurf des Regionalplans Windkraft für Südhessen und dem Flächennutzungsplan Windkraft der Gemeinde Biebergemünd gibt es auf der Homepage der BI unter [www.windkraft-im-spessart.de](http://www.windkraft-im-spessart.de).*